



Deutschlands neuer Haushaltskurs: Mehr Schulden, mehr Staat, mehr Risiko

Ute Pappelbaum

Die Bundesregierung hat mit den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2027 und der Finanzplanung bis 2030 einen finanzpolitischen Kurswechsel beschlossen, der weit über klassische Haushaltsplanung hinausgeht. Offiziell lautet die Formel: Investitionen, Reformen und Konsolidierung. Tatsächlich entsteht jedoch ein neuer finanzpolitischer Ordnungsrahmen, in dem steigende Staatsausgaben, Sondervermögen und sicherheitspolitische Ausnahmen dauerhaft zum Normalzustand werden.

Verteidigung wird zur neuen fiskalischen Ausnahmezone

Der eigentliche Treiber des Haushalts ist nicht die Konjunkturpolitik, sondern die sicherheitspolitische Neuordnung Europas. Verteidigungsausgaben wachsen massiv, flankiert durch das Sondervermögen Bundeswehr und zusätzliche kreditfinanzierte Spielräume.

Damit verschiebt sich der Charakter deutscher Finanzpolitik grundlegend. Jahrzehntlang galt Haushaltsdisziplin als ordnungspolitischer Kern deutscher Stabilitätspolitik. Nun entsteht schrittweise ein Modell, in dem geopolitische Risiken dauerhaft höhere Defizite legitimieren.

Das verändert auch die Kapitalmärkte. Wenn Verteidigung, Infrastruktur und Transformation politisch als strategische Daueraufgaben definiert werden, entsteht ein strukturell höherer Finanzierungsbedarf des Staates. Für Investoren

bedeutet das langfristig mehr Staatsanleihen, steigenden Refinanzierungsdruck und eine stärkere politische Einflussnahme auf Kapitalströme.

Der Staat investiert – aber auf Pump

Die Bundesregierung argumentiert mit Wachstumsimpulsen durch Infrastruktur, Energie und Modernisierung. Tatsächlich steigen die investiven Ausgaben erheblich. Zusammen mit Sondervermögen und Klimafonds summieren sich die staatlichen Investitionen zeitweise auf mehr als 120 Milliarden Euro jährlich.

Doch genau hier liegt die ordnungspolitische Spannung: Die Investitionsoffensive erfolgt nicht aus laufender wirtschaftlicher Stärke, sondern in einer Phase schwachen Wachstums, sinkender Produktivität und wachsender struktureller Belastungen.

Die Frühjahrsprognose der Bundesregierung wurde bereits deutlich nach unten korrigiert. Für 2026 werden nur noch 0,5 Prozent Wachstum erwartet. Gleichzeitig steigen Energiepreise, geopolitische Risiken und Unsicherheiten im Welthandel.

Damit verschiebt sich die Funktion staatlicher Investitionen. Sie dienen nicht mehr primär als Ergänzung privater Dynamik, sondern zunehmend als Ersatz für fehlende Marktimpulse. Genau darin liegt das Risiko: Wenn Wachstum dauerhaft über staatliche Kreditexpansion stabilisiert werden muss, steigt die Abhängigkeit der Gesamtwirtschaft vom fiskalischen Impuls.

Konsolidierung bleibt politisches Versprechen

Offiziell betont das Finanzministerium die Notwendigkeit struktureller Konsolidierung. Genannt werden Einsparungen, Sozialreformen, Effizienzprogramme, neue Abgaben sowie der Abbau von Steuervergünstigungen.

Doch die politische Realität spricht bislang eine andere Sprache. Die größten Ausgabenblöcke – Verteidigung, Renten, Gesundheit und soziale Transfers – wachsen weiter. Gleichzeitig sollen Unternehmen steuerlich entlastet und Infrastrukturprogramme ausgeweitet werden.

Der Widerspruch ist offensichtlich: Die Politik versucht gleichzeitig zu investieren, zu entlasten, aufzurüsten und zu konsolidieren. Ökonomisch funktioniert das kurzfristig nur über höhere Verschuldung.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht mehr, ob Deutschland spart, sondern welche Ausgaben künftig politisch überhaupt noch begrenzt sind.

Europas neue Fiskalregeln schaffen Spielräume – aber keine Stabilität

Besonders bemerkenswert ist die Rolle der Europäischen Union. Die reformierten Fiskalregeln erlauben inzwischen explizit höhere Verteidigungsausgaben außerhalb klassischer Defizitgrenzen. Deutschland nutzt diese Spielräume bereits umfassend.

Damit verändert sich auch die Architektur europäischer Stabilitätspolitik. Die Fiskalregeln verlieren ihren Charakter als harte Begrenzung staatlicher Ausgaben und entwickeln sich stärker zu einem politisch interpretierbaren Steuerungsinstrument.

Kurzfristig erhöht das die Handlungsfähigkeit der Staaten. Langfristig wächst jedoch die Gefahr, dass fiskalische Ausnahmen zum Regelfall werden. Genau das beobachten Kapitalmärkte sehr genau: Nicht die aktuelle Verschuldung entscheidet über Vertrauen, sondern die Glaubwürdigkeit zukünftiger Begrenzung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF), Monatsbericht Mai 2026, „Eckwerte für den Bundeshaushalt 2027“, „Jährlicher Fortschrittsbericht 2026 zum finanzpolitisch-strukturellen Plan“ sowie „Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage“.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949932/bundeshaushalt-2027-neuer-fiskalkurs-deutschland/>